

Niederschrift
der 02. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 11.03.2026
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 19:00 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Kollegiensaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Ann Christin von Allwörden

stellv. Vorsitzende/r

Herr Christian Jungnickel

Mitglieder

Frau Maria Quintana Schmidt

Herr Andreas Redlich

Herr Thomas Rockmann

Herr Oliver Schön

Vertreter

Herr Conrad Busse

bis 17:20 Uhr

Herr Jörg Schulz

Vertretung für Herrn Achim Stuhr

Frau Carina Wadewitz

Frau Simone Zaepernick-Risch

Vertretung für Herrn Marco Schröder

Frau Sophie Ewert

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Frau Heike Benz

Herr Heino Tanschus

Gäste

Herr Herbert Sett

Frau Elke Ehlers

Herr Michael Richter

Frau Monique Zink

Herr Volker Zeitz

Herr Cerwinski

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 21.01.2026
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1** Wärmepfad Rügen Stralsund
 - 4.2** Hilfsangebote der Hansestadt Stralsund im Fall einer Havarie
 - 4.3** Zustand Spielplatz Baumschulenstraße
 - 4.4** Umgang der Hansestadt Stralsund mit Meldungen im Mängelmelder
 - 4.5** Dauerhaft abgestellter Pkw auf dem Parkplatz Heinrich-Heine-Ring
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 10 Mitgliedern des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung sind 10 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen / Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 10 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 21.01.2026

Die Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 21.01.2026 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Wärmepfad Rügen Stralsund

Frau von Allwörden beantragt Rederecht für Frau Ehlers und Herrn Richter von der Initiative „Wärmepfad Rügen Stralsund“.

Abstimmung: 10 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Damit ist das Rederecht erteilt.

Frau Ehlers und Herr Richter stellen ihre Initiative „Wärmepfad Rügen Stralsund“ vor.

Herr Richter teilt mit, dass er selbst viele Jahre obdachlos war und dadurch um die Probleme weiß. Frau Ehlers und Herr Richter lernten sich vor zwei Monaten kennen. Er und Frau Ehlers wollten aktiv werden und gründeten daher die Initiative. Mittlerweile versorgen sie Obdachlose und ältere Menschen regelmäßig bei der DRK-Unterkunft in Grünhufe. Dort dürfen sie zum Teil auch die Räumlichkeiten benutzen, insbesondere um Essen warm zu machen. Herr Richter ergänzt, dass ein fester überdachter Platz in der Altstadt als Ergänzung ideal wäre.

Frau Ehlers teilt weiter mit, dass die aktuelle wöchentliche Versorgung freitags erfolgt. Die Standorte sind in der Bahnhofstraße am Busbahnhof in Stralsund, dieser Platz wurde in Absprache mit dem Ordnungsamt festgelegt sowie an der DRK-Obdachlosenunterkunft. Sie informiert zudem darüber, dass mittlerweile Wunschlisten erstellt werden, damit eine bessere und gezieltere Versorgung mit den wirklich benötigten Dingen erfolgen kann. Frau Ehlers wiederholt ihr Anliegen, dass ein Raum als Lagerstätte benötigt wird und nennt als Beispiele die Unterbringung von Sachspenden und die geplante Erweiterung des Angebots.

Frau Ehlers und Herr Richter planen, am 23. Mai 2026 einen Wohlfühltag zu veranstalten und erfragen dafür die zuständige Stelle für die Beantragung.

Frau von Allwörden dankt Frau Ehlers und Herrn Richter für ihr Engagement und bittet um weitere Auskunft zu den geplanten Veranstaltungen.

Herr Richter führt zu dem Punkt aus, dass sich ein Schulprojekt bereits in Planung befindet. Das zuständige Ministerium ist ebenfalls involviert und das eingereichte Konzept wird überarbeitet bzw. konkretisiert. Auch die bereits kontaktierten Schulsozialarbeiter zeigen Interesse an dem Vorhaben.

Er ergänzt, dass der Name des Projekts „Micha, von der Straße ins Klassenzimmer“ sei. Das Ziel des Projekts ist es, die Kinder für das Thema Obdachlosigkeit zu sensibilisieren und auch über Sucht zu informieren.

Zudem sei auch ein Projekt für Grundschüler geplant, für dieses wurde bereits eine Geschichte geschrieben, um die Thematik für fünf- bis zehnjährige Kinder besser verständlicher zu machen.

Des Weiteren existieren Pläne für eine Kooperation mit dem Jugendclub, um eventuell mit Jugendlichen den Bau von Tinyhäusern für Obdachlose zu forcieren. Dadurch soll den Jugendlichen eine Perspektive gegeben und die Suchtgefährdung reduziert werden.

Auf die Nachfrage von Frau von Allwörden informiert Frau Ehlers darüber, dass die Finanzierung bisher durch eigene Gelder erfolgt sei und nur Sachspenden angenommen wurden. Allerdings findet hier derzeit ein Umdenken statt, da auch Geldspenden benötigt werden.

Frau Quintana Schmidt führt kurz aus, wie ihre Fraktion auf die Initiative aufmerksam geworden ist.

Frau von Allwörden erwähnt, dass die Hansestadt Stralsund die OLUK (Obdachlosenunterkunft des DRK Kreisverbandes Rügen-Stralsund e.V.) finanziell unterstützt.

Auf die Frage von Frau von Allwörden antwortet Frau Ehlers, dass ein stationärer Anlaufpunkt dienlicher und effizienter koordinierbar sei, als ein mobiler.

Frau von Allwörden erkundigt sich nach der Publikation des Projekts.

Frau Ehlers erläutert, dass das Angebot durch Mund-zu-Mund-Propaganda bekannt wird und erwähnt nochmal die Vorteile, die eine stationäre Versorgung dafür bietet.

Zur mobilen Versorgung ergänzt Herr Richter die bereits geäußerte Problematik, dass Lagerflächen und Nutzung eines Stromanschlusses zur Erwärmung von Wasser und Speisen defizitär sind.

Frau Zaepernick-Risch nennt als Beispiel für mobile Versorgung die „Grüne Küche“ in Grünhufe und regt an sich an deren Konzept zu orientieren. Sie erklärt ihre Idee, dass ein

fester Wochentag beibehalten wird, während der Standort flexibel rotiert. Zudem sollte durch eine strukturierte Organisation und frühzeitige Kommunikation der Veranstaltungsdaten eine hohe Beteiligung zu erwarten sein.

Frau von Allwörden erfragt die Leistung der Hansestadt Stralsund für Obdachlose in der Stadt.

Herr Tanschus berichtet, dass die Stadt in Zusammenarbeit mit dem DRK die Obdachlosenunterkunft stellt. Die Finanzierung erfolgt über Beiträge der Bewohner und mit einem Zuschuss der Hansestadt Stralsund.

Zudem erwähnt er die Problematik im Winter und informiert über ein Treffen im Herbst aller beteiligten „Helfer“ (Sozialer Dienst, Stadtteilarbeit, Psychiatrischer Dienst etc.), bei dem es darum geht, alle niedrigschwelligen Angebote zu bündeln und für Obdachlose medial zu publizieren, als rechtzeitige Prävention für die kalte Jahreszeit.

Herr Tanschus lobt die Initiative „Wärmepfad“, da diese eine sehr gute Ergänzung zu den bestehenden Angeboten der Hansestadt Stralsund sei. Er gibt den Hinweis, dass je niedrigschwelliger ein Angebot ist, desto besser funktioniert es. Daher empfiehlt er, miteinander (Ordnungsamt und Initiative) in Kontakt zu bleiben und das Angebot nur langsam auszubauen oder zu verfestigen, da damit ein Anstieg der Bürokratie einhergeht.

Frau von Allwörden stimmt Herrn Tanschus zu, dass es ratsam ist, zunächst die weitere Entwicklung abzuwarten und zu evaluieren, wie sich das Projekt etabliert. Daher bietet sie an, in Kontakt zu bleiben und lädt die beiden Initiatoren in etwa 6 Monaten erneut in den Ausschuss ein, um über die Entwicklung des Projektes zu berichten.

Sie bedankt sich bei Frau Ehlers und Herrn Richter für ihre Teilnahme an der Ausschuss Sitzung.

Da kein weiterer Redebedarf besteht, schließt die Ausschussvorsitzende den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 Hilfsangebote der Hansestadt Stralsund im Fall einer Havarie

Herr Sett vom Seniorenbeirat erläutert seine Frage nach der Vorgehensweise der Hansestadt Stralsund im Fall einer Havarie.

Herr Tanschus informiert, dass das Thema Havarie in mehrere große Bereiche differenziert und segmentiert wird. Der erste Bereich sind Brände, dazu erläutert er, dass für die Polizei die Rettung von Personen, die Sicherung der Einsatzstelle sowie die Abwehr weiterer Gefahren im Vordergrund stehen. Eine häufige Folge eines Brandes ist die nicht mehr gegebene Nutzbarkeit der Wohnung.

Der Leiter des Ordnungsamtes weist darauf hin, dass die Unterbringung bei der geschädigten Person zuerst selbst liegt, zum Beispiel bei Freunden, Verwandten oder in Hotels, oft handeln auch die Vermieter. Sollte allerdings keine Selbsthilfe der Betroffenen möglich sein, erfolgt eine Zuweisung durch die Stadt in eine vorübergehende Notunterkunft. Herr Tanschus betont, dass in der Hansestadt Stralsund keine Bürgerin und kein Bürger unfreiwillig auf der Straße bleiben muss.

Der nächste Bereich umfasst Großbrände sowie die Evakuierung von Wohngebäuden oder Straßenzügen zum Beispiel aufgrund einer Fliegerbombe oder eines Stromausfalls. Er erinnert daran, dass die Zuständigkeit zu beachten ist, beim Katastrophenschutz ist der Landkreis zuständig und nicht mehr die Stadt.

Die Hansestadt Stralsund ist allerdings bei allen Krisen der Stadt selbst zuständig. Dazu informiert er, dass für den Fall einer Krise Vorbereitungen getroffen wurden, unter anderem kam es zur Ertüchtigung von sechs Turnhallen, die neben Wärme auch mit Böden (Teppichmatten) und Betten ausgestattet werden können. Der Leiter des Ordnungsamtes teilt mit, dass in der Stadtverwaltung eine Stelle für Krisenvorbereitung in Planung ist.

Frau von Allwörden merkt an, dass es eine Pflicht zum zivilen Bevölkerungsschutz gibt, nachdem die Menschen auch selbst für ihre Versorgung verantwortlich sind, zum Beispiel im Fall einer Havarie.

Herr Redlich ergänzt, dass das gerade dargestellte als Ratgeber vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe existiert. In diesem Zusammenhang erfragt er, ob diese von der Verwaltung ausgelegt wird.

Herr Tanschus antwortet, dass die Broschüre im Ordnungsamt sowie online verfügbar ist.

Herr Sett bedankt sich für die Informationen.

Da es keine weiteren Fragen gibt, schließt die Ausschussvorsitzende den Tagesordnungspunkt.

zu 4.3 Zustand Spielplatz Baumschulenstraße

Frau von Allwörden beantragt Rederecht für Herrn Cerwinski, dem Einreicher des Themas „Zustand Spielplatz Baumschulenstraße“.

Abstimmung: 10 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Somit ist das Rederecht erteilt.

Herr Cerwinski stellt sein Anliegen vor. Er bittet darum, dass der Zustand des Spielplatzes verbessert wird, damit dieser ein sicherer Raum („Safe Space“) für Kinder wird.

Herr Cerwinski bemängelt den aktuellen Zustand und nennt als Beispiele die zahlreichen Graffitis, den schlechten Zustand des Zauns und die schlechten Lichtverhältnisse.

Frau Benz beantwortet die Anfrage.

Aktuell gibt es in der Hansestadt Stralsund 115 Spielplätze, davon werden 83 allein von der Stadt unterhalten.

Frau Benz betont die Pflicht der Stadt zur Sicherstellung der Verkehrssicherheit und Pflege der Spielplätze.

Sie berichtet, dass im letzten Jahr 80.000 EURO für die Erneuerung von Geräten von der Stadt investiert wurden.

Die Stadt sieht ebenfalls den Bedarf einer Erneuerung des Platzes in der Baumschulenstraße. Weiter teilt Frau Benz mit, dass 2014 die letzte Erneuerung des genannten Spielplatzes erfolgte.

Zudem finden regelmäßige Kontrollen von der Verwaltung und eine Jahresprüfung von einem externen Unternehmen statt, nach deren Ergebnis der Platz sicher ist.

Frau Benz betont, dass der Platz zwar sicher ist, aber auch aus Sicht der Verwaltung nicht mehr den Ansprüchen genügt.

Es ist bereits geplant, die Seilkletteranlage und die Schaukel zu erneuern.

Zum Thema Grünpflege berichtet sie, dass 5 bis 6 Pflegedurchgänge im Jahr stattfinden. Frau Benz weist beim Graffiti daraufhin, dass derartiger Vandalismus ein schweres und häufiges Problem darstellt, zumal es nach der Beseitigung wiederkehrt. Eine Reinigung der Fallsandflächen erfolgte 2024. Dazu erklärt sie, dass eine häufigere Reinigung aufgrund der Kostenintensität nicht machbar sei.

Frau Benz informiert, dass der Verwaltung das Thema Dunkelheit auf dem Spielplatz bekannt sei, es sich allerdings um einen hohen Kostenfaktor handelt, der es derzeit nicht möglich macht, an der Situation etwas zu ändern.

Frau Benz teilt mit, dass sich Bürgerinnen und Bürger bei Anliegen gerne direkt an die Stadtverwaltung wenden können. Die Telefonnummer dafür befindet sich auf dem entsprechenden Spielplatzschild.

Sie erwähnt, dass ein Austausch mit den Jugendlichen stattfindet und nennt den Jugendgipfel als Sprachrohr der Jugendlichen.

Frau Benz weist auf die Möglichkeit der Eigeninitiative der Anwohnerinnen und Anwohner hin, allerdings nicht ohne Absprache mit der Verwaltung.

Frau von Allwörden gibt den Hinweis, dass der Bürgerfonds der Landesregierung derzeit für die Sanierung von Spielplätzen genutzt wird. Sie bittet Frau Benz zu prüfen, ob der Spielplatz in der Baumschulenstraße von dem Fonds saniert werden kann. Die Ausschussvorsitzende würde das Vorhaben unterstützen.

Frau Zaepernick-Risch erfragt die Grenzen des Grundstücks und die damit verbundene Zuständigkeit für die Reparatur des Zauns.

Frau Benz erklärt, dass sich der Zaun innerhalb der Grundstücksgrenzen befinde und damit in der Zuständigkeit der Stadt.

Auf die Nachfrage von Herrn Schulz antwortet Frau Benz, dass alle Maßnahmen, auch in Bezug auf zu verwendendes Material, bei einer Eigeninitiative in Absprache mit der Verwaltung zu erfolgen haben. Sie begrüßt derartige Ideen und nennt zu diesem Thema ein Beispiel einer Initiative eines Vereins zur Gestaltung von Papierkörben.

Da kein weiterer Redebedarf besteht, schließt die Ausschussvorsitzende den Tagesordnungspunkt.

zu 4.4 Umgang der Hansestadt Stralsund mit Meldungen im Mängelmelder

Herr Jungnickel erläutert sein Anliegen zum Umgang der Hansestadt Stralsund mit Meldungen im Mängelmelder.

Er teilt mit, dass er mit dem System grundlegend zufrieden sei, aber den Umgang mit manchen Einzelfällen infrage stellt.

Für ihn hat es den Anschein, dass bei diesen Einzelfällen unerledigte Meldungen als erledigt gekennzeichnet wurden, ohne dass der Mangel behoben wurde.

Zudem gibt es mehrere Sachverhalte mit für den Bürger unverständlichen Antworten. Ergänzend nennt er ein paar Beispiele zur besseren Nachvollziehbarkeit.

Herr Tanschus bedankt sich für die Rückmeldung und teilt mit, dass er den Hinweis für die jährliche Schulung zum Mängelmelder für alle Anwender mit aufnehmen wird.

Er weist allerdings darauf hin, dass die Sachverhalte unterschiedlich schwer umzusetzen sind und bittet diesbezüglich um Verständnis den Bearbeitern gegenüber.
Zudem sieht er ebenfalls Optimierungsbedarf bei der Verknüpfung.
Der Leiter des Ordnungsamtes ergänzt, dass die aktuelle Nachfrage sich in 8950 Sachverhalten widerspiegelt und die Tendenz steigend sei.

Frau von Allwörden erfragt die Möglichkeit, dass die Unterscheidung der Meldungen in öffentlich und privat geprüft wird, damit das System sachgerecht genutzt wird und nicht Mitbürgerinnen und Mitbürger angeschwärzt werden.
Zudem wiederholt sie die Kritik, dass die Weiterleitung an die zuständige Stelle verbessert werden muss und betont die Bedeutung dieser Hilfe für die Bürgerinnen und Bürger.

Frau Zaepernick-Risch erkundigt sich nach der Art und Zeit der Wiedervorlage.

Herr Tanschus informiert, dass die Freischaltung einer Meldung nach 24 Stunden erfolgt, eine automatische Wiedervorlage nach einem Monat bei dem Sachbearbeitenden, dem oder der die Meldung zugewiesen wurde und nach zwei Monaten die Vorlage bei der Bearbeiterin des Mängelmelders, wenn die Meldung noch nicht bearbeitet wurde.

Auf die Frage von Frau Zaepernick-Risch antwortet Herr Tanschus, dass bei Nachfragen zum Sachstand die Kommentarfunktion genutzt werden kann.

Da kein weiterer Redebedarf besteht, schließt die Ausschussvorsitzende den Tagesordnungspunkt.

zu 4.5 Dauerhaft abgestellter Pkw auf dem Parkplatz Heinrich-Heine-Ring

Herr Jungnickel spricht das abgestellte Fahrzeug auf dem Parkplatz im Heinrich-Heine-Ring an und schildert die Situation. Er erfragt die Dauer der Maßnahmen, da das Kennzeichen gut ersichtlich sei und daher eine Halterermittlung möglich sein sollte.

Herr Tanschus erklärt, dass das Parken eines Fahrzeugs auf ein und derselben Stelle, auch über Jahre, grundsätzlich nicht verboten ist.

Zudem sind die Möglichkeiten der Verwaltung begrenzt. Bei Parkflächen mit zeitlicher Begrenzung gibt es die Möglichkeit eines Verwarngeldes, in Halteverbotszonen oder auf Behindertenparkplätzen können Fahrzeuge sogar umgesetzt werden.

Dies sei bei dem Pkw auf dem Parkplatz Heinrich-Heine-Ring nicht der Fall.

Auch bestünde die Pflicht der Entsorgung von Altfahrzeugen, da diese in der Zuständigkeit von der Hansestadt Stralsund liegt. Die Verwaltung hat diese Möglichkeit geprüft, allerdings ist das Fahrzeug noch zugelassen, wodurch diese Maßnahme ebenfalls nicht infrage kommt.

Er berichtet, dass ein Halter ermittelt wurde und das Fahrzeug in Rostock zugelassen ist. Daher wurde die Kfz-Zulassungsstelle in Rostock informiert, in deren Zuständigkeit die Kontaktaufnahme mit dem Halter fällt.

Entsorgt werden kann das Fahrzeug durch die Stadt erst, wenn es nicht mehr zugelassen oder nicht mehr fahrbereit ist oder nicht mehr fahrbereit wiederhergestellt werden kann.

Frau von Allwörden erfragt die weiteren Maßnahmen, die von Rostock erfolgen werden.

Herr Tanschus erklärt, dass Rostock den Halter anschreiben und auffordern wird, den Pkw in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen.

Die Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Herr Tanschus informiert, dass die toten Vögel, welche im Hafenbecken durch die Eisschmelze immer noch auftauchen, nach und nach von der Feuerwehr eingesammelt und entsorgt werden.

Herr Schulz bemängelt die vielen Straßenschäden. Frau Zaepernick-Risch erwidert, dass der neu angeschaffte Teerkocher eingetroffen und bereits im Einsatz ist. Bezogen auf den Heinrich-Heine-Ring erklärt Herr Rockmann, dass in der Bürgerschaft informiert wurde, dass dieser ab 2027 saniert werden soll.

Des Weiteren kritisiert Herr Schulz die Gehwegberäumung im Winter. Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, das Thema Winterdienst für die nächste Sitzung auf die Tagesordnung zu nehmen. Die Verwaltung soll darüber informieren, in welcher Reihenfolge die Straßen bzw. Gehwege geräumt werden, welche Änderungen für den kommenden Winter geplant sind, im Vergleich zum Vergangenen und ob gegen die Stadt aufgrund von Glätteunfällen, Schadenersatzansprüche erhoben wurden.

Frau von Allwörden bittet darum, weitere Fragen zu dem Thema innerhalb von 14 Tagen an die Geschäftsführung des Ausschusses zu schicken. Das soll der Verwaltung die Möglichkeit geben, sich entsprechend vorzubereiten und ausführlich auf die Fragen antworten zu können.

Weiterhin bittet Herr Rockmann in der nächsten Sitzung um einen aktuellen Sachstand zum Quartier 17.

Herr Tanschus sagt dies zu. Er erklärt, dass es auch vor dem Beschluss der Bürgerschaft bereits Treffen mit der Polizei, dem KOD, und Streetworkern gab, um die Situation im dem Quartier zu verbessern. Außerdem wurde versucht, den Vermieter zu kontaktieren. Herr Tanschus führt weiter aus, dass die Treffen regelmäßig stattfinden und die getroffenen Maßnahmen ausgewertet werden.

Zur nächsten Sitzung informiert er, wie der aktuelle Stand ist.

Die Ausschussmitglieder haben keinen weiteren Redebedarf.

Da es keine weiteren Themen gibt, entfallen die übrigen Tagesordnungspunkte und die Ausschussvorsitzende beendet die Sitzung.

gez. Ann Christin von Allwörden
Vorsitzende

gez. Gaby Ely
Protokollführung